

## CHINA UND DEUTSCHLAND SEIT DEM OPIUMKRIEG

Das chinesisch-deutsche Verhältnis seit dem Opiumkrieg, seit jenem Ereignis also, das den fernöstlichen Staat endgültig in den Strudel der Weltpolitik hineinriß, war alles andere als kontinuierlich. Zwei scharfe Zäsuren hat es gegeben, in deren Gefolge sich die beiderseitigen Beziehungen jeweils von Grund auf änderten: Der erste Einschnitt lag beim ersten Weltkrieg, der zweite Ende der dreißiger Jahre, als das Deutsche Reich sich immer enger mit Chinas Todfeind, dem damaligen Japan, liierte. Die nachfolgende Darstellung ist deshalb nach drei Perioden zu gliedern: die Zeit vom Opiumkrieg bis zum Beginn des ersten Weltkriegs, die Periode vom ersten Weltkrieg bis zum Beginn des zweiten Weltkriegs im Fernen Osten und schließlich die Periode seit dem Ende dieses Krieges.

I. Periode: Vom Opiumkrieg bis zum ersten Weltkrieg  
Bereits im 17. Jahrhundert hatten deutsche Jesuiten und später im 19. Jahrhundert auch deutsche Kaufleute in China gewirkt. Offizielle Beziehungen zu den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes standen freilich zunächst nicht zur Debatte, da die deutschen Kaufleute, die nicht kraft irgendeiner offiziellen Mission, sondern aufgrund eigener Initiative sich mit China in Verbindung gesetzt hatten, zunächst von jenen Handelsprivilegien mitprofitierten, die die Engländer sich aufgrund des gewonnenen Opiumkrieges von den Chinesen ausbedungen hatten. Im Supplementarvertrag zwischen China und Großbritannien vom 18. Oktober 1843 (der Vertrag von Nanking, der den Opiumkrieg beendete, war 1842 geschlossen worden) hieß es nämlich, daß alle ausländischen Staatsbürger, die bisher in Canton Handel getrieben hatten, ihre Tätigkeit nun auch auf die vier Vertragshäfen Fuchou, Amoy, Ningpo und Shanghai nach denselben Bedingungen ausdehnen dürften wie die Engländer. 1958 trat hier freilich ein grundlegender Wandel ein. In den Verträgen von Tientsin zwangen Großbritannien, Frankreich, Rußland und die USA China neue Verträge auf, in denen die Bestimmungen des Supplementarvertrages von 1843 nicht mehr enthalten waren. Offensichtlich wollte man sich nunmehr die ausländische Konkurrenz vom Leibe halten.

In dieser Situation blieb den deutschen Kaufleuten, wollten sie im Geschäft bleiben, nichts anderes übrig, als sich nach Hilfe im eigenen Lande umzusehen. Der Deutsche Bund sollte einen ähnlichen Vertrag mit dem chinesischen Kaiserreich abschließen, wie ihn sich die anderen vier Großmächte ausbedungen hatten. Vorstöße dieser Art fanden insofern ein interessiertes Echo, als 1850 die Produktion in Deutschland bereits rapide angewachsen war und als ferner 1857 die Weltwirtschaftskrise Absatzschwierigkeiten mit sich brachte. Weitere dem Vorhaben der deutschen China-Kaufleute günstige Motivationen kamen hinzu, nämlich fantastische Absatz Erwartungen, wie sie ja vielfach auch in unserer Gegenwart noch vorherrschen; ferner das Bedürfnis, die deutsche Nation in die Reihe gleichberechtigter Weltbürger einzugliedern und sie so für mündig zu erklären, und schließlich das Bedürfnis Preußens, mit dem Vorurteil Schluß zu machen, daß es dem nationalen Unternehmertum nichts bieten könne. All diese Überlegungen waren zusammengenommen ein kräftiges Motivationsbündel für den Vorstoß nach China, vor allem für die preußische Regierung.

Drei Ziele sollten ihren Vorstellungen entsprechend zunächst erreicht werden, nämlich

- der Abschluß eines Handelsvertrages mit China zugunsten Deutschlands als einer meistbegünstigten Nation. Der Deutsche Bund soll den vier Großmächten Großbritannien, Frankreich, den USA und Rußland also in allen Belangen gleichgestellt werden, die im Vertrag von Tientsin (1858) stipuliert worden waren;
- die Erforschung des Terrains in wissenschaftlicher und kommerzieller Beziehung und
- die Gründung einer preußischen Kolonie oder wenigstens einer Marinestation im Pazifik bzw. im ostasiatischen Raum.

Zum Zwecke der Durchführung dieser drei Ziele wurde Preußen von den deutschen Zollvereinsstaaten, jedoch nicht von den Hansestädten, von Mecklenburg und Österreich, mit Vollmachten ausgestattet. Im März 1860 brach die aus vier Schiffen bestehende "preußische Expedition" unter Leitung des Grafen Friedrich zu Eulenburg mitsamt einem vom Geographen Ferdinand von Richthofen angeführten wissenschaftlichen Stab von Hamburg aus nach Shanghai auf, das man am 7. März 1861 erreichte.

Als die Expedition in China eintraf, befand sich das Mandschu-Regime gerade in höchster Bedrängnis. Die Taiping-Revolution (1851-1864) hatte ihre Peripetie erreicht, und der Hof war schwächer denn je. Prinz Kung, der für den nach Jehol geflohenen schwer kranken Kaiser die Regierungsgeschäfte in Peking führte, war über das Erscheinen des Gesandten einer bis dahin in Pekingischer Regierungskreisen völlig unbekannt Macht alles andere als erfreut und suchte anfänglich, der Aufnahme von Verhandlungen auszuweichen. Eulenburg jedoch, der auf die Unwissenheit seines Verhandlungspartners spekulierte, wies auf die Möglichkeit hin, daß im Falle eines Scheiterns seines Vertragsangebotes sämtliche deutsche Staaten ihre eigenen Gesandten nach Peking schicken würden und daß es den Preußen überdies ein Leichtes wäre, die Taiping-Aufständischen zu unterstützen. Nach längerem Hin und Her kam es dann am 12. September 1861 zur Unterzeichnung des "Deutsch-Chinesischen Handels- und Freundschaftsvertrages", der Deutschland die gleichen Rechte einräumte wie den vier anderen Großmächten, also niedrige Zollsätze, Konsulargerichtsbarkeit, diplomatische Vertretung durch Preußen usw. Dieser Vertrag galt bis zum ersten Weltkrieg und war Grundlage für den "deutschen Imperialismus" in Ostasien. Die Mitglieder der Expedition, allen voran der Attaché Maximilian August von Brandt, sollten später zur Elite der deutschen Repräsentanz in China gehören.

Die beiden anderen Aufgaben, die sich die Expedition gesetzt hatte, wurden nur zum Teil erfüllt. Von Richthofen arbeitete seine ersten Analysen aus. Eine Kolonie vermochte Eulenburg jedoch noch nicht zu gründen.

Als erster Generalkonsul und Gesandter Preußens wurde 1865 Guido von Rehfues beim Tsungli Yamen, das damals die Funktion eines chinesischen Außenministeriums erfüllte, akkreditiert.

Während der drei von Preußen geführten Kriege gegen Dänemark, Österreich und Frankreich kam es zu kei-

nen größeren Vorstößen mehr in der Chinafrage. Trotzdem erhielt Deutschland ab 1869 mit 14 Personen bereits den zweithöchsten Personalanteil an der Seezollverwaltung, einer chinesischen Behörde, die mit Europäern besetzt war und der deshalb ganz besondere Bedeutung zukam, weil der Hof von dorthen den Löwenanteil der Staatseinnahmen bezog.

1873 etablierte sich in Shanghai ein preußisches Generalkonsulat sowie ein Konsulargericht. Zur Unterstützung seiner Positionen gründete Preußen 1870 in Singapore eine ostasiatische Marinestation. Die Marinestreitkräfte unterstanden dem Befehl des Gesandten, so daß dieser weitgehend einem Kolonialgouverneur glich.

Die Idee, einen "rein deutschen", von anderen Großmächten unabhängigen Stützpunkt zu errichten, schwelte unterdessen weiter. Vor allem die beiden Geographen der preußischen Expedition, Dr. Hermann Maron und Ferdinand von Richthofen, arbeiteten immer neue Gutachten zu diesem Projekt aus. 1864 schlugen sie vor, Taiwan zu annektieren. Später standen die Ryukyu-Inseln und die Goto-Inseln westlich von Nagasaki zur Diskussion. 1868 empfahl von Richthofen, die Insel Chusan nahe Shanghai an der Yangtse-Mündung zu einem "deutschen Hong Kong" auszubauen. Der Krieg mit Frankreich gab dem Problem eine neue Wendung: Sollte man sich nicht Saigon samt Cochinchina von Frankreich abtreten lassen? Bismarck, der die ostasiatischen Kolonialisierungsbestrebungen Frankreichs als eine Art nationalen Ventils förderte, verhinderte eine solche Lösung. Deshalb lag 1871 plötzlich Korea im Visier. Doch waren die Amerikaner dort eben blutig abgewiesen worden, und die Kosten für ein solches Unternehmen schienen unangemessen hoch.

Der geistige Vater aller dieser Planspiele war Ferdinand von Richthofen, der zwischen 1868 und 1872 insgesamt sieben Reisen durch China unternahm und dabei Kohlefelder und Eisenerzlager erforschte, das Projekt einer transkontinentalen Eisenbahn entwarf und auf die Möglichkeit der Ausbeutung unendlich reichlich vorhandener Arbeitskräfte verwies. Der Gedanke, die Bucht von Chiao-chou (Kiäutschou) auszubauen, wurde ebenfalls durch von Richthofen aufs Tapet gebracht, doch als unattraktiv verworfen. Die Zeit hierfür war noch nicht reif.

Während die hohe Politik noch dabei war, ihre vielfältigen Alternativen zu entwickeln, erreichten die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und China bereits zwischen 1861 und 1885 beachtliche Ausmaße. Deutsche waren in dieser Zeit meist als Zwischenhändler und Kommissionäre tätig, ohne sich auf bestimmte Waren oder Nationen zu beschränken. 1884 z.B. hatten sich 64 deutsche Firmen mit insgesamt 364 Mann Personal in China niedergelassen, die weit mehr für England als für Deutschland tätig waren. Wie hoch sich die deutsche Ausfuhr nach China in diesen Jahren belief, ist schwer zu ermitteln, da der Seezoll nur solche Waren als deutsch qualifizierte, die direkt aus Deutschland kamen, während der umfangreiche indirekte Export über England, Holland usw. als englischer bzw. holländischer Handel erschien. Trotzdem darf man davon ausgehen, daß in jenem Zeitraum Deutschland fast permanent hinter Großbritannien an zweiter Stelle rangierte. Hauptexportartikel waren Anilinfarben, Nadeln, Wollstoffe und Zündhölzer, jedoch - ganz im Gegensatz zum britischen Handel! - kein Opium. Die Einfuhr aus China setzte sich hauptsächlich zusammen aus Galläpfeln (für Tinte), Bettfedern, Borsten, Häuten

und Fellen. Eine ganz besonders wichtige Rolle im deutsch-chinesischen Handel spielte die deutsche Waffenausfuhr, in der vor allem die Firma Krupp eine fast monopolartige Stellung errang. Dieser Erfolg war einerseits der Tüchtigkeit Kruppscher Bevollmächtigter zuzuschreiben, andererseits aber auch jener mit Meisterschaft gehandhabten chinesischen Politik, ein Gift gegen das andere zu verwenden und vor allem das übermäßig starke Großbritannien in seiner Position zu schwächen.

Die kommerzielle Infrastruktur für den Außenhandel war in diesen Jahren auf Seiten Deutschlands noch nicht genügend entwickelt. 1870 wurde zwar die "Deutsche Bank" für überseeische Zwecke gegründet. Sie eröffnete 1871 in Shanghai auch eine Zweigstelle. Doch hatte Großbritannien die Anleihen für den chinesischen Staat fast monopolisiert. Im Schiffsverkehr stand Deutschland weiter hinter der britischen Konkurrenz zurück. Es verkehrte lediglich die "Deutsche Dampfschiffreederei" im chinesischen Küstenverkehr.

Noch intensiver als während des Zeitraumes zwischen 1861 und 1885 gestaltete sich der deutsch-chinesische Handel zwischen 1885 und 1894. Inzwischen hatten sich ja auch die Voraussetzungen wesentlich gebessert: Lange Zeit war der Gedanke eines staatlich subventionierten Schiffsverkehrs nach Ostasien als Gegenstück zu den von Frankreich und England subventionierten eigenen Linien ventiliert worden, wobei vor allem die Hamburger Handelskammer besondere Initiative entfaltete. Erst 1885 freilich legte Bismarck beim Reichstag einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor. Die Einrichtung der daraufhin bewilligten Linien und damit die Subvention übertrug die Regierung dem Norddeutschen Lloyd in Bremen. Die Reederei verpflichtete sich, 15 Dampfer auf den subventionierten Strecken einzusetzen. Am 30. Juni 1896 trat die "Oder" als erster Dampfer der neuen Linie Bremerhaven-Shanghai die Fahrt nach China an. Ihre Ausreise war Anlaß großer Feierlichkeiten mit patriotischem Charakter. Der Lloyd konnte sich jedoch gegen die britische Konkurrenz auf die Dauer nicht durchsetzen und wurde 1898 von der HAPAG übernommen.

Etwa zur gleichen Zeit begann die Diskussion über eine Verbesserung der Bankenverbindungen. Gerade die Jahre 1886 bis 1889 waren ja ein Zeitraum, in dem der Wettkampf der einzelnen Banken und Großindustrien um den chinesischen Markt, vor allem um Chinas Aufrüstung und Eisenbahnwesen, einen bisher nicht gekannten Höhepunkt erreichte. Der diplomatische Apparat paßte sich schnell den Bedürfnissen der Industrie an. Noch gegen Ende der siebziger Jahre wäre es vielen europäischen Diplomaten als mit ihrer Berufswürde unvereinbar erschienen, sich um Konzeptionen zu bemühen, Anleihen zu vermitteln und für Auftragseingänge zu sorgen. Vor allem Maximilian August von Brandt, der von 1875 bis 1893 als deutscher Gesandter in Peking wirkte und im Laufe dieser Jahre zur Grauen Eminenz der deutschen Ostasienpolitik aufstieg, verstand es brillant, das diplomatische Spiel im Wettkampf mit den anderen Großmächten zugunsten der deutschen Industrie auszuwerten. Seinen Vorstellungen war es auch zu verdanken, daß ein Konsortium für asiatische Geschäfte und eine Deutsch-Asiatische Bank gegründet werden sollte. In der Ausführung dieses Planes tat sich besonders Ado If von Hansemann hervor, Geschäftsinhaber und führender Mann der damals größten Bank Deutschlands, der Disconto-Gesellschaft. Er war vor allem durch die Publikationen Fer-

dinand von Richthofens auf China aufmerksam geworden und hatte schon 1883 - in Erwartung großer Eisenbahnaufträge - der chinesischen Regierung die Dienste seiner Bank angeboten. Viele Jahre hindurch jedoch sträubten sich die Chinesen hartnäckig, größere Eisenbahnprojekte in Angriff zu nehmen und sich dadurch gegenüber den Mächten zu verschulden. In der Zuversicht aber, daß diese Widerstände mit der Zeit überwunden werden könnten, entschloß sich die deutsche Regierung, Eisenbahningenieure auf Staatskosten nach China zu schicken. Ergänzend kam es dann am 12. Februar 1889 zur Gründung der "Deutsch-Asiatischen Bank" in China, an der sich sämtliche am Außenhandel beteiligten Banken, u.a. auch die Disconto-Gesellschaft und die Deutsche Bank, als Gründungsmitglieder beteiligten. 1898 wurde zur Ergänzung dieser Bank das "Konsortium für asiatische Geschäfte" errichtet, dessen Mitglieder sich verpflichteten, größere Anleihegeschäfte nach einem bestimmten Schlüssel untereinander aufzuteilen. Große Anleihen kamen allerdings erst nach dem Japanisch-Chinesischen Krieg (1894/95) zustande.

Wenngleich es noch nicht zu den erhofften Eisenbahnprojekten im großen Stil kam, wurden die Erwartungen der deutschen Industrie doch einstweilen auf einem anderen Gebiet zufriedengestellt. Deutsche Firmen, vor allem Krupp, erreichten nämlich im Waffengeschäft mit China fast eine Monopolstellung. Vor allem der Generalvertreter der Firma Krupp, Hermann Mandel, verstand es, die französische und britische Konkurrenz auszuspielen. Deutschland wurde auch zum Hauptlieferanten von Kriegsschiffen, die vor allem auf der Bremer Vulcanwerft gebaut wurden. Die Firma Krupp legte Wert darauf, nicht nur durch Kaufleute, sondern auch durch Offiziere in Asien vertreten zu sein. Sie entsandte daher militärisch-technische Berater, die als Fachleute für Küstenbefestigung, als Instrukteure der in Tientsin eingerichteten Militärschule und als Waffenspezialisten für ein ansehnliches Auftragspolster sorgten. Die Militärschule in Tientsin hatte so positive Auswirkungen, daß in ihrem Sog Anfang der neunziger Jahre auch eine "Deutsche Eisenbahnschule" gegründet wurde, auf die der Krupp-Vertreter Baur starken Einfluß ausübte. Großbritannien verlor infolge all dieser Bemühungen einen Teil seines Handelsvolumens; doch büßte der deutsche Chinahandel das gewonnene Terrain partiell wieder zugunsten der nachdrängenden Japaner ein. In den Jahren 1892-1894 stellten nach der Reichsstatistik die Chinaexporte 0,9-0,6% der Gesamteinfuhr dar. China stand 1893-1894 an erster Stelle unter den Ländern, in die Deutschland Kanonenrohre und Nähadeln ausfuhrte.

Hand in Hand mit dem deutschen Vordringen in China begann auch die Missionsfrage eine gewisse Bedeutung anzunehmen. Den Schutz sämtlicher katholischer Missionen in China hatte sich Frankreich vorbehalten, das diese selbsterkorene Rolle als probates Druckmittel gegen die chinesische Regierung auszunutzen wußte. Das Protektorat wurde wie ein kostbares Privileg gehütet, und deshalb dauerte es lange, ehe auch das Deutsche Reich vom Vatikan die offizielle Erlaubnis bekam, die Schutzmacht wenigstens über deutsche Missionare ausüben zu dürfen (23. Oktober 1890). Auf diese Weise gelang es, in der Provinz Shantung, die ja Mittelpunkt der Steyler Mission war, stärkeren Einfluß zu gewinnen. Der Gesandte von Brandt nahm alle Beschwerden der Missionare über Behörden und Bevölkerung in Shantung wohlwollend entgegen und wurde damit gezielt in Peking vorstellig. Die Ermordung zweier deutscher Missionare im Jahre 1897 war denn auch der unmittelbare Anlaß, in Ausübung der Schutzpflichten des

Deutschen Reiches die Bucht von Chiaochou zu annekieren.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts folgten drei Schritte, die dazu beitrugen, daß Deutschland sich neben Großbritannien und Japan als führende imperialistische Macht in China etablierte: Shimonoseki, Chiaochou und Boxer-Intervention.

#### a) Der Einspruch von Shimonoseki

Das seit der Meiji-Reform erstarkte Japan, das - im Sog der europäischen Mächte - bei der Aufteilung des Festlandes nicht zu kurz kommen wollte und dem das so robust nach Sibirien vorstoßende Rußland immer unheimlicher geworden war, nahm einen Volksaufstand in Korea zum Anlaß, um dorthin Truppen zu entsenden. Auch China, zu dem Korea seit dem 15. Jahrhundert in einem Vasallenverhältnis gestanden hatte, schickte Truppen in Einlösung seiner Schutzpflicht. Obwohl der Aufstand von der koreanischen Regierung selbst niedergeworfen wurde, blieben die Streitkräfte der beiden anderen Länder auf der Halbinsel und verwickelten sich alsbald in heftige Kämpfe, die 1895 mit einem überwältigenden Sieg Japans endeten. Bei den Friedensverhandlungen von Shimonoseki (auf der südjapanischen Insel Kyushu) forderten die Japaner von den Chinesen nicht nur die Abtretung Taiwans und die "vollständige Unabhängigkeit und Autonomie Koreas", sondern darüber hinaus auch die Überlassung des Gebietes von Liautung mit den Häfen Port Arthur und Dairen. Dieser Versuch Japans, auf dem chinesischen Festland Fuß zu fassen, wurde jedoch durch den sog. "Einspruch von Shimonoseki" von seiten Rußlands, Frankreichs und Deutschlands im Jahre 1895 vorläufig verhindert. Dieser Einspruch war einer der schwerwiegendsten Schritte des Deutschen Reiches in Ostasien, da er eine feindselige japanische Haltung hervorrief, die später in einem britisch-japanischen Bündnis (1902) und schließlich in der Gegnerschaft Japans während des ersten Weltkriegs ihren Niederschlag fand. England hatte sich - sehr zum Ärger der anderen Mächte - dem Einspruch nicht angeschlossen, da es schon zu dieser Zeit Rußland als Hauptgefahr für die britischen Interessen in Ostasien ansah und deshalb mit St. Petersburg keine gemeinsame Sache machen wollte. Überdies gedachte England ohnehin, sich auf längere Sicht mit Japan zu verbünden, das ja der russischen Drohung gleichfalls mit begreiflichem Unbehagen gegenüberstand. Kurzfristig freilich hatte der Einspruch durchaus positive Wirkungen; denn die deutsche Industrie erhielt von einem "dankbaren" China zahlreiche Aufträge. Wie sich die Auftragslage auch später weiterentwickelte, ist aus der Kreditübersicht für den Eisenbahnbau zwischen 1898 und 1937 zu ersehen (Zahlen in 10 000 chinesischen Yüan):

Land	Kredit	Anteil der Länder in %
Großbritannien	25 257	34,9
Belgien	13 483	18,7
Japan	13 045	18,0
Deutschland	10 326	14,3
Frankreich	6 626	9,2
USA	1 966	2,7
Niederlande	1 538	2,1
Rußland	70	0,1
insgesamt	72 311	100,0

Bis 1937 wurden insgesamt 21.036,14 km Eisenbahnlinien in China gebaut. Davon standen 90,7% bzw. 19.072,37 km direkt oder indirekt unter der Verwaltung ausländischer Mächte.

Wie die Tabelle zeigt, stand Deutschland zwar immer noch stark im Schatten Englands; doch hatte sich seine Position gegenüber dem Zustand, wie er noch in der Mitte der achtziger Jahre herrschte, bedeutend zugunsten Deutschlands verändert. Betrachtet man den deutschen Kapitalexport zwischen 1902 und 1904, so investierte das Deutsche Reich in China 85 Mio. US Dollar und gewährte außerdem 79.282.000 US Dollar an Staatskrediten. Dies entsprach einem Anteil von 20,9% des gesamten ausländischen Kapitalimports nach China.

Eine weitere Zahl: Zwischen 1909 und 1911 belief sich Deutschlands Anteil am chinesischen Außenhandel auf 4,2% (Import) bzw. 3% (Export). Doch diese Erfolge waren, wie gesagt, nur kurzfristig. Denn nach dem japanischen Sieg im Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 kam Japan dann doch an sein Ziel: Es erreichte die Übernahme des russischen Pachtgebietes von Liaotung mit Dairen und Port Arthur und der von den Russen gebauten Südmandschurischen Eisenbahn sowie die de facto-Auslieferung Koreas, die dann durch die Annexion im Jahre 1910 endgültig besiegelt wurde.

#### b) Die Erwerbung der Bucht von Chiao-chou

Anders als England und Frankreich hatte Deutschland keine Marinestationen, keine Handelsniederlassung wie Hong Kong, keine Bunkerstationen und auch keine Niederlassung für Dock- und Reparaturarbeiten. Das Deutsche Reich war m.a.W. von Hong Kong abhängig, d.h. also vom guten Willen der Engländer.

Wie bereits erwähnt, hatte Freiherr von Richthofen schon seit langem Chiao-chou an der Südseite der Shantung-Halbinsel empfohlen, das nicht nur ein günstiges potentiell Hafenbecken aufwies, sondern auch nahe am nordchinesischen Markt lag und über reichliche Kohlevorkommen verfügte. Doch niemand hatte den Vorschlag anfangs ernstgenommen. Als aber Versuche, in Chushan und auf Taiwan Fuß zu fassen, fehlgeschlagen waren, begann man, sich nach und nach mit dem Gedanken der Erwerbung Chiao-chous anzufreunden. Zuerst wollte man mit den Chinesen friedliche Abmachungen treffen. Doch am 1. November 1897 wurden zwei deutsche katholische Missionare in Süd-Shantung ermordet. Der Zwischenfall führte zu einer Politik der "gepanzerten Faust". Am 14. November wurde Chiao-chou besetzt und am 6. März 1898 nach sehr erregten, von dem Gesandten von Heyking mit unnötiger Schärfe und Heftigkeit geführten Verhandlungen ein Vertrag geschlossen, aufgrund dessen Deutschland die Bucht mit einem 50 km tiefen Landstreifen auf 99 Jahre "pachtete" und außerdem gewisse Eisenbahnkonzessionen und Bergwerksunternehmungen sowie Vorrechte allgemeiner Art in Shantung zugesprochen bekam.

Rußland widersprach dieser Entwicklung aufs schärfste, denn es befürchtete eine permanente Friktion mit seinen eigenen Interessen in dieser Gegend. Lord Salisbury dagegen begrüßte das deutsche Unternehmen, da er sich aus deutsch-russischen Reibungen Vorteile für die Position Englands in China versprach.

Der mit gewaltigen Kosten verbundene Ausbau des Hafens von Tsingtao und der Bucht von Chiao-chou brachte dem Deutschen Reich allerdings wenig Vorteile. Aufgrund der Artikel 156-158 des Versailler Vertrages mußte Deutschland 22 Jahre später auf sämtliche dortigen Rechte zugunsten Japans verzichten.

Neben dem Pachtgebiet erwarb sich das Deutsche Reich nach und nach auch eine eigene "Einflußsphäre" in Shantung. Die Einflußsphärenpolitik hatte zunächst mit einem bilateralen Abgrenzungsversuch zwischen Rußland und England begonnen. England trat zwar in China grundsätzlich für eine "Politik der offenen Tür" ein. Soweit jedoch besondere "Konzessionen" zur Debatte standen, sollte der Grundsatz der offenen Tür durchbrochen werden. Solche "Konzessionen" umfaßten Kapitalanleihen, Eisenbahnbauten und Gebietspachtungen, verbilligte Bodenpreise, Schürfrechte usw. Um 1898 kamen St. Petersburg und London darin überein, daß den Russen die Mandchurei, den Engländern das Yangtsetal als Einflußsphäre in diesem Sinne überlassen werden sollte. Kurz darauf sicherte sich Frankreich den an Indochina grenzenden Südtel des Reiches, und Deutschland beanspruchte das Hinterland von Shantung. Gegen diese Politik der Aufteilung Chinas in Einflußsphären protestierten die zu spät gekommenen Vereinigten Staaten durch die berühmte Note des Staatssekretärs John Hay von 1899. Die Großmächte besannen sich und kamen zu dem Ergebnis, daß ihren Interessen durch eine "Politik der offenen Tür" besser gedient sei als durch die Aufteilung Chinas. Vor allem England war an einer Erhaltung der Mandschu-Herrschaft interessiert; denn welcher westliche Staat wäre in der Lage gewesen, der inneren chinesischen Probleme Herr zu werden?!

#### c) Das Boxer-Protokoll

Durch die Verbindung religiöser taoistischer Sekten mit einer Palast-Clique kam es 1900 in Peking und in Nordchina zu den bekannten Aufständen der "Boxer" ("i-ho ch'üan", wörtlich: "die Fäuste der Rechtlichkeit und Eintracht"), die mit der Parole "Unterstützung der Mandschus, Liquidation der Fremden!" die ausländischen Gesandtschaften in Peking belagerten und vereint mit regulären Truppen in der Stadt ein 90tägiges Terror-Regime ausübten. Es kam zu den bekannten Vorgängen: Ankniff der internationalen Armee unter dem "Weltmarschall" von Waldersee, Flucht der Kaiserinwitwe und des Hofes, Plünderung Pekings durch die fremden Truppen, Niederwerfung der Boxer, Rückkehr des Hofes nach Peking und schließlich zum internationalen Boxer-Protokoll mit seinen harten Bedingungen, bei denen das Deutsche Reich, dessen Gesandter von Ketteler ja im Zusammenhang mit den "Boxer"-Unruhen ermordet worden war, eine besonders intransigente Haltung zeigte. In Art. 12 verpflichtete China sich, eine Sühnegesandtschaft nach Deutschland zu entsenden, dem ermordeten deutschen Gesandten einen Gedenkstein zu errichten, worin das Bedauern S.M. des Kaisers von China über die Tat zum Ausdruck kommen sollte; ferner die Rädelführer des Boxer-Aufstandes zu bestrafen, die Taku-Forts zu schleifen, den fremden Mächten das Recht einer eigenen Schutzwache zuzugestehen und dergl. mehr. Zahlreiche Aktiva, die Deutschland infolge seines Einspruchs von Shimonoseki bei den Chinesen hatte verbuchen können, gingen durch diese Haltung wieder verloren.

1917 trat China nach harten inneren Auseinandersetzungen auf seiten der Alliierten in den Krieg gegen das Deutsche Reich ein. Der offiziell angegebene Grund - die deutsche Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges - war freilich nur ein Vorwand. Man hoffte auf eine günstige Situation nach dem Krieg, in der China seine Rechte wiederherstellen und vor allem den deutschen Anteil wieder zurückbekommen könnte.

Die Versailler Verträge jedoch zerschlugen brutal alle chinesischen Hoffnungen. Diese Behandlung Chinas in Paris führte zu jenem großen Aufstand, der unter dem Namen "Bewegung vom 4. Mai 1919" Geschichte gemacht hat und der in die neue Zeit auch insofern herüberwirkt, als im Gefolge dieser Bewegung u.a. die Kommunistische Partei Chinas (1921) gegründet wurde.

## 2. Periode: Vom ersten zum zweiten Weltkrieg

Nach dem ersten Weltkrieg stand China einem völlig veränderten Deutschland gegenüber. Deutschland trat nicht mehr als imperialistische Macht mit so geräuschvollen Äußerungen wie etwa der "Hunnenrede" Kaiser Wilhelms II. hervor. Es schloß keine ungleichen Verträge mehr ab, und es war vor allem aus dem Kreis der exterritorialen Mächte ausgeschieden. Es hatte m. a. W. auf die Konsulargerichtsbarkeit verzichtet und sämtliche Rechte aus den "ungleichen Verträgen" aufgegeben. Es erkannte die chinesische Steuer- und Zollhoheit an und trat China als gleichberechtigter Staat gegenüber. Sun Yat-sen, der "Vater der chinesischen Revolution", der in Canton eine nationale Gegenregierung zum Regime in Peking aufgebaut hatte, war von dieser Wandlung ebenso beeindruckt, wie er andererseits enttäuscht war von dem Verhalten der Westmächte bei den Versailler Friedensverhandlungen sowie bei der Konferenz von Washington (1921/22), bei der China ebenfalls nur Objekt geblieben war. Auch mußte er miterleben, daß die offizielle Politik der Großmächte abwechselnd den einen und den anderen der inzwischen überall an die Macht gekommenen Militärmächthaber unterstützte, um so die Teilung Chinas zu verewigen. In seiner berühmten "Nationalen Grundlehre" arbeitete er deshalb ein Schema aus, in dem er den "vier Mächten des Washingtoner Abkommens" die beiden Staaten Rußland und Deutschland gegenüberstellte. Die russische Regierung hatte bereits 1919 China wissen lassen, daß sie auf alle Konzessionen und Rechte des zaristischen Rußlands verzichten wolle, - ein Versprechen, das später freilich nur zum Teil - und, was den zaristischen Landraub (1,5 Mio. km<sup>2</sup>) anbelangte, gar nicht - eingehalten wurde. Auch Deutschland hatte, obgleich gezwungenermaßen, auf alle Vorrechte in China verzichtet und 1921 als erste Nation mit China einen auf völliger Gleichberechtigung beruhenden Vertrag abgeschlossen. (Da China von Versailles nichts mehr wissen wollte, entschloß es sich zu diesem bilateralen Friedensvertrag mit Deutschland). In seiner "Nationalen Grundlehre", also einem Teil der bekannten "Drei Grundlehren vom Volk" (san min chu-i), teilte Sun, wie erwähnt, die Völker der Erde in zwei Gruppen ein: Auf der einen Seite stünden die unterdrückten Nationen (Sowjetrußland, Deutschland und alle asiatischen Völker mit Ausnahme von Japan) und auf der anderen die imperialistischen Mächte (England, Frankreich, USA und Japan). Zwischen diesen beiden Fronten seien in Zukunft die großen Kriege zu erwarten. Es gelte deshalb, auf eine Zusammenarbeit mit Deutschland und Rußland hinzuwirken, um ein gemeinsames Bündnis gegen den Imperialismus zu etablieren.

Bald nach dem Friedensvertrag von 1921, bei dem Deutschland bilateral auf alle seine Vorrechte in China verzichtet hatte, wurde der Staatssekretär Dr. Boyé zum ersten deutschen Gesandten nach dem ersten Weltkrieg in China ernannt. In vielen Jahren der Kleinarbeit schaffte er es, kraft seiner unbeirrbareren und versöhnlichen Politik zum primus inter pares unter den Diplomaten Pekings zu werden. Seine Nachfolger, von Borch

und Trautmann, setzten diesen Kurs fort und gewannen hohes Ansehen bei der chinesischen Regierung, so daß sie des öfteren als Vermittler zwischen China und anderen Mächten auftreten konnten, so z.B. bei den Streitigkeiten zwischen Großbritannien und China in der Sha-mien-Affäre, bei der die Polizei der internationalen Niederlassung unter dem Befehl eines britischen Offiziers das Feuer auf chinesische Demonstranten eröffnet hatte. Als die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China dann im Jahre 1929 aufgrund der Auseinandersetzungen über die Ostchinesische Eisenbahn unterbrochen waren, vertrat Deutschland die Interessen beider Seiten. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang auch die deutschen Vermittlungsbemühungen zu Beginn des chinesisch-japanischen Konfliktes.

Neben den Regierungsbemühungen hat auch "inoffizielles" Wirken dazu beigetragen, daß in China Sympathien für Deutschland entstanden. Das gilt besonders für die Arbeit der deutschen Missionare, Militärberater und Kaufleute.

a) Schon im 17. Jahrhundert hatten deutsche Missionare, vor allem Adam Schall, geschätzte Dienste am Kaiserlichen Hof in Peking geleistet und waren so als Pioniere Europas aufgetreten. Unter den deutschen Missionsgruppen übernahmen die Basler Mission die Erziehung, die Barmer Mission das Medizinalwesen und der Protestantische Verein darüber hinaus noch kulturelle Aufgaben. Die deutsche Regierung hatte sich vor dem ersten Weltkrieg im Pachtgebiet Chiao-chow um Schulen, Krankenhäuser und andere soziale Institutionen gekümmert, hatte dabei allerdings sehr stark mit der deutschen Schutzmacht imperialistischen Bestrebungen gedient. Nach dem Krieg förderte sie - nunmehr frei von politischen Hintergedanken - noch intensiver die Kulturarbeit in China und sorgte für Schulen und Hochschulen (T'ung-chi-Universität in Shanghai!) sowie für die Ausbreitung der deutschen Sprache.

b) Von erheblichem Einfluß waren auch die deutschen Militärberater in China, die genau genommen nur inoffiziellen Status genossen. Es handelte sich durchweg um deutsche Offiziere a.D., die mit der chinesischen Regierung einen Privatvertrag abgeschlossen hatten und sich um die Reorganisation der chinesischen Armee bemühten. Wegen ihrer Verdienste um den deutschen Waffen- und Munitionsexport erhielten sie die Unterstützung deutscher Industriekreise. Die Regierung in Berlin dagegen hat ihre Tätigkeit in China lediglich geduldet.

Als die Kuomintang 1927 den Bruch mit den Kommunisten vollzog und die sowjetischen Berater ausgewiesen hatte, ernannte Chiang Kai-shek zuerst einen Deutschen - Oberst a.D. Dr. Max Bauer - zum Nachfolger des sowjetischen Chefberaters bei der chinesischen Nationalregierung in Nanking, General Galen. Chiang wollte seine Armee, wie schon Japan es getan hatte, nach preußischem Muster modernisieren. Dr. Bauer baute zunächst eine Beratergruppe mit 46 Deutschen auf. Nachdem er im April 1929 in Shanghai an Pocken gestorben war, übernahm Hermann Kriebel, ein Freund Hitlers und Ludendorffs, seine Stelle. Im August 1930 löste Generalleutnant Georg Wetzell den Berater Kriebel ab, da dieser nach Deutschland zurückkehren wollte. Wetzell, während des ersten Weltkrieges unter von Hindenburg und Ludendorff Chef der Operationsab-

teilung im Deutschen Generalstab, war ein bekannter Strategie. Er diente drei Jahre bei der chinesischen Nationalregierung und verließ China Anfang 1934, als sein ehemaliger Vorgesetzter, General Hans von Seeckt, von Chiang Kai-shek zum Chefberater eingesetzt wurde. Der Marschall hoffte, daß General von Seeckt, der Schöpfer der Reichswehr, nicht nur bei der Reform der chinesischen Nationalarmee Hilfe leisten, sondern darüber hinaus durch sein Ansehen zur Industrialisierung Chinas mit deutscher Hilfe beitragen könnte. Aus gesundheitlichen Gründen jedoch mußte von Seeckt schon ein Jahr später nach Deutschland zurückkehren und seinem Stabschef, General Alexander von Falkenhausen, sein Amt in Nanking überlassen. Auch von Falkenhausen genoß das unbegrenzte Vertrauen Chiangs. Die Zahl der deutschen Berater nahm ständig zu und betrug im Jahre 1935 nicht weniger als 70. Von Falkenhausen war es auch, unter dessen militärischer Beratung jene erfolgreiche Blockhüttenstrategie entwickelt wurde, die die Kommunisten unter Mao Tse-tung im Jahre 1934 zum Verlassen der Sowjetrepublik Kiangsi und zum Langen Marsch in den Norden Chinas zwang.

1938 beorderte die deutsche Regierung sämtliche Militärberater nach Deutschland zurück. Außer den Militärs waren auch zahlreiche Techniker und Zivilisten in China. Sie alle hatten auch bei der Entwicklung der chinesisch-deutschen Handelsbeziehungen eine bedeutende Rolle gespielt.

Es gingen aber nicht nur deutsche Militärberater nach China, sondern die Chinesen schickten umgekehrt Offiziere zur Ausbildung nach Deutschland. Chiang Kai-sheks jüngerer Sohn, Chiang Wei-kuo, wurde z.B. bei einer Gebirgsjägerdivision in Mittenwald ausgebildet und marschierte 1938 beim "Anschluß" an der Spitze einer Kompanie in Österreich ein. Wei-kuo ist heute Chef der Militärakademie in Taiwan.

#### c) Wirtschaftsbeziehungen

Obleich die deutschen Wirtschaftsinteressen in China während des ersten Weltkrieges zu bestehen aufgehört hatten, gelang es deutschen Unternehmen trotz der militärischen Niederlage, trotz politischer Demütigungen und finanzieller Schwierigkeiten doch binnen kurzer Zeit, den Handel mit China wiederaufzubauen. Nach einer chinesischen Statistik war der Anteil Deutschlands am gesamten chinesischen Außenhandel im Jahre 1918 gleich Null. Die Entwicklung nahm dann jedoch einen günstigen Verlauf, wie nachfolgende Statistik zeigt:

Deutschlands Anteil am chinesischen Außenhandel von 1919 - 1947 (in %)

Jahr	Import	Export
1919-1921	0,7	0,5
1929-1931	5,4	2,4
1933	7,9	3,4
1934	9,0	3,6
1935	11,2	5,0
1936	15,9	5,5
1947	0,04	0,1

Abgesehen von den Jahren 1919-1921 und dem Jahr 1947 stand Deutschland hinter Japan, Amerika und Großbritannien permanent auf dem vierten Platz und galt immer als wichtiger Handelspartner Chinas. In den Jahren 1935 und 1936 überrundete Deutschland Großbritannien in seinem Exportvolumen und kam damit auf den dritten Platz.

Was allerdings die Investitionen anbetraf, so lag das Deutsche Reich weit hinter Großbritannien.

Gegenüberstellung der britischen und deutschen Investitionen in China im Jahre 1936 (in 1.000 US Dollar)

Branchen	Deutschland	Großbritannien
Banken	2.930	278.620
Industrie	7.110	329.770
Bergbau	405	15.810
Im- und Export	35.285	243.870
Reedereien	2.130	53.551
Flugverkehr	690	-----
Infrastruktur	-----	14.260
Kredite für Eisenbahnbau	55.600	59.020
Kredit	37.130	82.710
Insgesamt	141.280	1.077.611

Anteil an den ausländischen Investitionen in China insgesamt

7,7%                      58,9%

Zum Vergleich:

Ausländische Investitionen in China im Jahre 1931 (in 1.000 US Dollar)

Land	Betrag	Anteil in %
Großbritannien	1.189.200	36,7
Japan	1.136.900	35,1
Rußland	273.200	8,4
USA	196.800	6,1
Frankreich	192.400	5,9
Belgien	89.000	2,7
Deutschland	87.000	2,7
Italien	46.400	1,4
Niederlande	28.700	0,9
Skandinav. Länder	3.900	0,1
Insgesamt	3.242.500	100,0

Mit einem Anteil von 2,7% stand Deutschland, das nach dem ersten Weltkrieg wieder ganz von vorn hatte anfangen müssen, auf dem 7. Platz.

Wie es um den deutschen Kapitalexport in dieser Zeit bestellt war, zeigt ein Vergleich mit früheren Jahrzehnten (in 1.000 US Dollar).

Jahr	Investitionen	Staatl. Kredite	insges.	Anteil am gesamten ausländ. Kapital in %
1902-1904	85.000	79.282	164.282	20,9
1914	136.000	127.596	263.596	16,4
1931	75.000	12.000	87.000	2,7
			514.878	

Angesichts der großen Verluste, die Deutschland durch den Versailler Vertrag auch in China hatte hinnehmen müssen, sind diese Rückgänge ohne weiteres verständlich. Aus Mangel an Devisen beschränkte sich denn auch

der deutsche Handel in Ostasien nach dem ersten Weltkrieg überwiegend auf den Tauschhandel und den Dreieckshandel zwischen Deutschland, Japan und China. Deutschland führte aus China große Mengen Rohstoffe ein, namentlich Sojabohnen (für Margarine und Öl!) aus der Mandschurei. Der Anteil der Sojabohnen am gesamten deutschen Import aus China belief sich von 1923 bis 1927 auf 34-51%; von 1928 bis 1931 stieg er sogar auf 60-64%. Infolge dieser Importe war die deutsche Handelsbilanz gegenüber China ständig passiv, während sie gegenüber Japan aktiv blieb. Infolgedessen konnte das Plus gegenüber Japan mit dem Minus gegenüber China ausgeglichen werden.

Die japanische Eroberung der Mandschurei im Jahre 1931 setzte diesem Dreieckshandel jedoch ein Ende. Außerdem schränkte die neu an die Macht gekommene nationalsozialistische Regierung die Sojabohneneinfuhr durch hohe Zölle ein, um Devisen zu sparen. Gleichzeitig wollte Hitler jedoch die deutsche Rüstungsindustrie nicht von ihren Rohstoffen abschneiden. Deshalb förderte er die Einfuhr von Erzen aus China, wo sich im Gegenzug gleichzeitig deutsche Waffen und Munition absetzen ließen. Dadurch kam es im deutsch-chinesischen Handel zu einer neuen Phase bilateraler Beziehungen, und man konnte sich in die Zeit zurückversetzt glauben, da Krupp seine ersprißlichen Waffengeschäfte mit China abwickelte. Im Jahre 1937 importierte Deutschland 70% seines Bedarfs an Wolfram aus China. Auch Antimon und Zinnerz waren stark gefragt. Alles in allem gingen 1937 nicht weniger als 22,5% der chinesischen Metallexporte nach Deutschland. Die deutschen Ausfuhren nach China und die deutschen Kapitalinvestitionen begannen, unter der Regierung Hitlers anzusteigen, so daß an die Stelle des Importüberschusses in den zwanziger Jahren in den dreißiger Jahren ein Exportüberschuß trat. 1937 betrug dieser Überschuß bereits 75,1 Mio. Reichsmark; für denselben Zeitpunkt wird der Wert der deutschen Kapitalanlagen in China mit 200 - 400 Mio. RM angegeben. Zu den traditionellen deutschen Exporten nach China gehörten Maschinen, Metalle, Chemikalien und pharmazeutische Präparate.

Die deutschen Waffenlieferungen nach China nahmen nicht zuletzt deshalb einen so starken Anstieg nach oben, weil die deutsche Schwerindustrie ihren auf dem Rapallovertrag beruhenden sowjetischen Absatzmarkt seit der Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR verloren hatte und Chiang Kai-shek andererseits seine Streitkräfte und seine Industrie vorzugsweise mit deutscher Hilfe aufzubauen wünschte. Mit Garantien der Regierungen in Berlin und Nanking gewährten deutsche Konsortien, besonders die Deutsch-Asiatische Bank und die HAPRO (Handelsgesellschaft für industrielle Produkte m.b.H.), China zwischen 1934 und 1937 Kredite für die deutschen Waffenlieferungen und den Bau chinesischer Eisenbahnlinien (Hangchou-Nangshang-Pinhsiang-Fuchou und Peking-Hangchou) sowie für das Wolframwerk in Kiangsi und das Stahlwerk in Suchou. Die HAPRO war eine vom Reichskriegsministerium kontrollierte und von den großen Rüstungsindustrien protegierte Gesellschaft, deren Hauptaufgabe im Export von Kriegsmaterial nach China bestand, und zwar im Austausch gegen chinesische Produkte, die wiederum von der deutschen Rüstungsindustrie benötigt wurden. Die Gesellschaft arbeitete aufgrund zweier Abkommen mit der Republik China: dem Handelsabkommen vom 23. August 1934 und dem Kreditabkommen vom 8. April 1936. Im Oktober 1937 wurde die HAPRO der Dienststelle des Beauftragten für den Vierjahresplan, Göring, unterstellt. Wichtig für die deutsch-chinesische Zusammenarbeit waren u.a. auch die Eurasien-Luftver-

kehrsgesellschaft (entstanden aus der Kooperation zwischen Lufthansa und Nanking-Regierung), ferner die Bildung verschiedener deutsch-chinesischer Freundschafts- und Kulturvereine, die häufigen gegenseitigen Besuche von Industrie- und Handelsdelegationen, die wachsende Zahl chinesischer Studenten in Deutschland, die deutschen Kapitalanlagen in China, die überwiegend deutschfreundlichen Flügel in Nanking und auch der prochinesische in Berlin. Diese Politik sollte u.a. auch in ideologischer und wirtschaftlicher Hinsicht den unterdrückten "armen" Ländern bei ihrer Auseinandersetzung mit dem britisch-französischen Kolonialismus als nationalsozialistisches Vorbild angepriesen werden.

Die Beziehungen, die sich so gut angelassen hatten, wurden durch die von den Japanern betriebene Anerkennung des Kaiserreichs Manchukuo von seiten der Hitler-Regierung angeschlagen und durch den Ausbruch des Krieges im Fernen Osten (1937 ff.), bei dem Berlin sich auf die Seite Tokyos schlug, de facto endgültig zerstört. Gerade in dieser Zeit des Untergangs aber erlebte die deutsche Diplomatie ihre letzte Blüte. Dr. Oskar Trautmann, der letzte deutsche Botschafter bei Chiang Kai-shek, versuchte im November 1937 zwischen China und Japan noch einmal zu vermitteln. Seine Tätigkeit, die der Friedenssehnsucht des chinesischen Volkes entgegenkam, machte ihn zu einem der populärsten ausländischen Diplomaten, die China je gehabt hat.

Doch am 4. Februar 1938 wurde von Neurath im Außenamt von Ribbentrop abgelöst, und damit begann jene "schneidige" Pro-Japan-Politik, die auf China keine Rücksicht mehr nahm. Die Reichsregierung verlangte im Zuge dieser Politik die Rückberufung der deutschen Militärberater aus China und erkannte schließlich die von den Japanern in Nanking etablierte "chinesische" Regierung unter Wang Ching-wei an. Damit blieb der Kuomintang-Regierung in Chungking keine andere Wahl mehr, als die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Deutschland abzubauen. Dies war der letzte Schritt auf dem Wege einer abermaligen Liquidation der deutschen Positionen in China.

### 3. Periode: Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg

China, das seit dem Eintritt der USA in den Pazifischen Krieg ganz im Kielwasser der amerikanischen Politik segelte, befand sich mit Deutschland im offiziellen Kriegszustand, aber nirgendwo hatten Chinesen und Deutsche gegeneinander gekämpft. Bei der Konferenz in Kairo (1943), als Chiang Kai-shek sich mit Churchill und Roosevelt traf, beugte sich Chiang, der ja auf die Hilfe der Alliierten gegen Japan angewiesen war, allen ihren Vorstellungen in bezug auf Deutschland und sein Schicksal nach dem Kriege. Unmittelbar wirkte sich die Politik der Chinesen eigentlich nur auf die in China verbliebenen deutschen Staatsangehörigen aus, gegen die die amerikanische Besatzungsmacht Kriegsverbrecherprozesse anstrebte. Shanghai wurde im Zuge dieser Kampagnen zu einer Art Klein-Nürnberg, ohne daß die chinesische Regierung dazu ihre Erlaubnis erteilt hätte. In der damaligen Morgenthau-Ära herrschte auf amerikanischer Seite der Wunsch vor, u.a. auch die deutsche Konkurrenz ganz vom chinesischen Markt auszuschalten. Die amerikanische Besatzungsmacht drängte darauf, daß die auf ihren Listen erfaßten Deutschen repatriert würden, und den Chinesen blieb keine andere Möglichkeit, als diesem Verlangen nachzugeben.

Darin offenbarte sich eine katastrophale Schwäche, die viele Chinesen zum Nachdenken darüber veranlassen mußte, wer eigentlich Herr in China sei.

Zu diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland konnte es schon deshalb nicht kommen, weil sich zu jener Zeit, als die Bundesrepublik konstituiert wurde, der Kuomintang-Apparat teils im Zustand der Auflösung, teils auf der Flucht nach Taiwan befand. Am 1. Oktober 1949 wurde in Peking die Volksrepublik China ausgerufen. Das Verhältnis Bonn-Peking war so gleich von Anfang an durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Lagern bestimmt. Beherrschend für die beiderseitigen Beziehungen war die Deutschland- und Berlin-Frage.

Bonn und Peking erhoben beide den Anspruch auf Alleinvertretung. Während aber die Bundesrepublik sich weder für Peking noch für Taipei entscheiden mochte, hatte Peking Ostberlin bereits 1949 diplomatisch anerkannt, unbeschadet des Alleinvertretungsanspruches von Bonn. Durch diese negative Festlegung in einer zentralen Frage der deutschen Außenpolitik waren die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit China auf lange Zeit hin verbaut. Nach dem ersten Weltkrieg war der Kriegszustand zwischen China und Deutschland im Jahre 1921 durch einen Friedensvertrag bilateral beendet worden. Zu einem echten Friedensvertrag nach dem zweiten Weltkrieg kam es bisher mit keiner der beiden chinesischen Regierungen. Allerdings erklärte am 7. April 1955 die Volksrepublik China den Kriegszustand mit ganz Deutschland für beendet. Im übrigen aber waren Bonn und Peking wie zwei Planeten, die ganz verschiedenen Sonnensystemen angehören. Nur ganz selten kreuzten sich - und auch dies nur für einen Augenblick - ihre Bahnen, und zwar in den Jahren 1956, 1957 und 1964. - 1956 besuchte der damalige FDP-Abgeordnete im Bundestag Hermann Schwann die VRCh auf eigene Initiative und eigene Kosten. Er wurde von Premierminister Chou En-lai und von Außenminister Chen Yi empfangen und erreichte die Freilassung von sieben Deutschen, die damals in chinesischen Gefängnissen saßen. Dies war eine vielsagende Geste Pekings, die in Bonn freilich unbeachtet blieb. Es mußten 16 Jahre vergehen, ehe ein weiterer Vertreter des Bonner Establishments, diesmal Gerhard Schröder, den 700 Millionen-Staat besuchte.

1957 schloß der Ostausschuß der deutschen Wirtschaft jenes berühmte, auf ein Jahr befristete Handelsabkommen mit dem "Chinesischen Ausschuss zur Förderung des internationalen Handels", dessen Präambel den Wunsch enthielt, "den Handel zwischen der BRD und der VRCh zu entwickeln". Die Bundesregierung wollte auch dieses abermalige Zeichen aus Peking nicht wahrnehmen; galt doch die VRCh nach wie vor als Befürworterin der deutschen Teilung.

Gerade was die Deutschlandfrage angeht, schien sich 1964, also im Jahre des endgültigen Zerwürfnisses zwischen Peking und Moskau, eine Wandlung der chinesischen Auffassung anzubahnen. Im übrigen hatte das Frankreich de Gaulles im Januar desselben Jahres die VRCh diplomatisch anerkannt und damit die seit Jahren erstarrten diplomatischen Fronten aufgeweicht. Auch hatte seit dem wirtschaftlichen Fehlschlag des "Großen Sprungs", der China zu höheren Einfuhren zwang, und seit dem Zwischenfall von Nagasaki, der Peking dazu veranlaßte, Japan den Rücken zu kehren, ein immer intensiverer Handelsaustausch zwischen China und der BRD eingesetzt (zu den Zahlen vgl. die beigefügte Tabelle). Hinzu kam die zumindest in der Formulierung neue Theorie Maos von den "Zwischenzonen",

der zufolge es für China darauf ankam, die zwischen dem sozialistischen Block einerseits und den imperialistischen Staaten andererseits liegenden Länder der Zwischenzone (die Länder der Dritten Welt gehören zur "ersten Zwischenzone", Kanada, Australien und die Industrieländer Europas zur "zweiten Zwischenzone") an der Seite der sozialistischen Länder gegen den Imperialismus zu mobilisieren. Schon damals deutete sich an, was heute Gewißheit ist: daß nämlich Moskau aus der Sicht Pekings zum imperialistischen Lager gehört. War es unter diesen Umständen nicht ratsam, mit Peking Kontakt aufzunehmen? Bonn verstand die Zeichen der Zeit und beauftragte seinen Botschafter in Bern, mit China ein Warenabkommen zu schließen und dafür eine möglichst klare Berlin-Klausel herauszuhandeln. Die Verhandlungen scheiterten freilich an eben dieser Berlin-Klausel, nachdem sie sich zunächst gut angelassen hatten. (Zu den vier Hypothesen, warum die Kontakte plötzlich abgebrochen wurde, vgl. "CHINA aktuell", Juli 1972, S.13 f.). Wahrscheinlich hatte der inzwischen erfolgte Sturz Chruschtschews zu einer großen Grundsatze-debatte in Peking geführt, bei der man u.a. beschloß, die Deutschlandpolitik künftig ganz in den antisowjetischen Kurs einzuordnen. China ist ja eine der wenigen Großmächte, die aus eigenem Interesse an der Wiedervereinigung eines antisowjetischen Deutschlands an und für sich interessiert sind. Schon einmal in der Geschichte hatte China von einem

### Wirtschaftsbeziehungen BRD - VRCh

Außenhandel VRCh - BRD 1950 - 1972, in 1000 DM

Jahr	chines. Importe	chines. Exporte	Zusammen
1950	48 000	62 000	110 000
1952	11 711	73 902	85 613
1953	104 975	139 555	244 530
1954	90 198	151 517	241 715
1955	109 925	192 666	302 591
1956	155 819	222 952	378 761
1957	199 747	172 023	371 770
1958	681 872	245 464	927 336
1959	540 746	278 072	818 818
1960	400 823	291 320	692 143
1961	123 330	159 430	282 760
1962	124 514	156 420	280 934
1963	61 309	162 534	223 843
1964	101 916	206 903	308 819
1965	316 000	290 870	606 870
1966	517 733	370 114	887 847
1967	826 085	306 199	1 132 284
1968	696 517	341 225	1 037 742
1969	617 719	344 059	961 778
1970	612 119	308 570	920 689
1971	482 180	330 318	812 498
1972 <sup>1)</sup>	132 000	82 000	214 000

1) Januar - März

Quellen: "Moderne Welt" 1/1963, p 92; FEER 28.5., 1.10.64; "Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland", Kohlhammer-Verlag; "Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes"



starken Deutschland profitiert, als nämlich der deutsche Angriff auf die Sowjetunion im Jahre 1941 Moskau dazu veranlaßte, alle militärischen Kräfte an die Westfront zu werfen und damit - zum erstenmal seit 1934 - die chinesische Grenzprovinz Sinkiang freizugeben: Unter diesen Gesichtspunkten ist also ganz sicherlich falsch anzunehmen, daß sich die VRCh stets für eine Zweiteilung Deutschlands eingesetzt habe. Da China aber seit dem zweiten Weltkrieg kein starkes Deutschland mehr haben kann, muß es aus der Not eine Tugend machen und ein doppeltes Ziel in Europa anstreben: Ganz in diesem Sinne befürwortet es - im Gegensatz zu Moskau! - eine starke EWG und versucht andererseits, das Beste aus der Teilung Deutschlands herauszuholen. Dieses Optimum läßt sich dadurch erreichen, daß Peking - ganz auf der Linie seiner Zwischenzonen-Konzeption - beide Teile gegen Moskau ausspielt. Bei dieser Politik der "maximalen Isolierung" der Sowjetunion haben die Chinesen bereits den Albanern, den Rumänen und neuerdings sogar den Jugoslawen bedeutende

Schützenhilfe geleistet. Warum sollten solche Erfolge auf lange Sicht nicht auch bei Ostberlin zu erreichen sein, das nach chinesischer Meinung ja ohnehin in starker Spannung zu Moskau steht? Es muß Peking also darauf ankommen, Ostberlin möglichst wenig zu verärgern und ihm geduldig den Rücken gegenüber Moskau zu stärken. Peking betrachtet, um die Summe aus dieser Analyse zu ziehen, seine Außenpolitik zu beiden deutschen Staaten also zumindest seit 1964 nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck seiner Anti-Moskau-Politik. Bonn ist vor allem als Teil der EWG, Ostberlin als potentielles Mitglied einer antisowjetischen Vereinten Front in Osteuropa interessant. Nur eine deutsche Politik, die diesen Intentionen folgt oder sich ihnen wenigstens annähert, kann mit chinesischem Beifall rechnen.

ni (2. Periode)  
we (1. und 3. Periode)  
yu (Wirtschaftstabellen)

### Akupunktur ist Revolution

"Vereinte Front" von traditionell chinesischer und westlicher Medizin

1958 hing im Akupunktur-Institut in Peking eine große Weltkarte mit einer glänzenden Akupunkturnadel über China, von der Linien in die verschiedenen Länder ausgingen, in denen Akupunktur praktiziert wird (1). Kein Beispiel könnte deutlicher das Sendungsbewußtsein erhellen, mit dem diese traditionelle Heilmethode von den Chinesen in die Welt entlassen wird. Auf diese Perspektive muß sich eine Betrachtung der Akupunktur einrichten, ganz gleich, ob sie von chinesischer Seite in erster Linie als Mittel der Public Relations, als erprobtes Mittel der "Volksdiplomatie" oder als wissenschaftlich gesicherter Beitrag zur internationalen Medizin eingesetzt, ganz gleich auch, ob sie von westlicher Seite als Propaganda für die Errungenschaften des neuen China oder ernsthaft zu erforschendes Phänomen aufgefaßt wird.

Akupunktur darf in chinesischer Sicht als Symbol für die traditionelle chinesische Medizin schlechthin gelten. Der heutige Stellenwert dieser ehemaligen Geheim- und Erfahrungswissenschaft läßt sich daher nur aus ihrem Zusammenprall mit der westlichen Medizin heraus verstehen. Die Parallele zum westlichen Imperialismus, der sich China zu unterwerfen versuchte, drängt sich auf. Gefühle der nationalen Auflehnung gegen die "wissenschaftliche" westliche Medizin sind verständlich, die das Traditionsbewußtsein mobilisieren und eine Jahrtausende alte medizinische Praxis verklären. Daneben steht radikales Neuerertum, das auch auf medizinischem Gebiet den alten Ballast beiseite werfen wollte, um mit ausländischer Medizin eine "völlige Westlichung" zu erzielen. Schließlich ist nach maoistischen Vorstellungen versucht worden, eine ideale Verbindung von traditioneller und westlicher Medizin in der Praxis zu erproben -

ein Konzept, das damit zumindest seit 1949 als stellvertretend für die Grundausrichtung kommunistischer Gesundheitspolitik angesehen werden darf, wenngleich in verschiedenen Phasen durchaus die Akzente verschieden gesetzt worden sind.

#### Maos Theorie der "Vereinten Front"

Auf manche Praktiken der traditionellen chinesischen Medizin schaute bereits die Ch'ing-Regierung mit einem mißtrauischen Auge. Die Akupunktur, schon vor Einführung von Metallwerkzeugen in der Han-Zeit mit spitzen Steinsplittern und später mit Nadeln aus Knochen oder Bambus betrieben, bevor sie sich auf dem Neiching-Klassiker fußend durch die Jahrhunderte fortentwickelte, wurde 1822 kurzerhand durch Regierungsdekret untersagt (2). Für die jungen Intellektuellen der 4. Mai-Bewegung und in den frühen zwanziger Jahren bedeutete die traditionelle Medizin in wesentlich radikalerer Weise alle Rückständigkeit, Aberglauben und alle Irrationalität der alten Gesellschaft überhaupt, auf die man mit den neuen Waffen aus dem Westen einschlug. Ch'en Tu-hsiu verhöhnte die traditionellen Ärzte als Ignoranten, die mit der menschlichen Anatomie nicht vertraut seien und nur papageienhaft über die Lehre von den fünf Elementen fantasierten. Lu Hsün schüttete seinen ganzen Sarkasmus über die Anmaßung der alten Heilkunde aus - ein vernichtendes Urteil des Schriftsteller-Mediziners, das weithin Gehör fand. Überzeugte Marxisten formulierten die Ablehnung der alten Medizin von anderer Grundlage aus: Die überlieferten Heilkünste waren nur eine primitive, unwissenschaftliche Stufe der medizinischen Entwicklung, an deren Spitze sich die moderne wissenschaft-